

Axel Gedaschko
Präsident



Herrn Dipl.-Ing. Hinderk Hillebrands
Vorsitzender der DEN e.V.
Frau Dipl.-Ing. Marita Klemppnow
Mitglied des Verwaltungsrates
Deutsches Energieberater-Netzwerk e.V.
Kaiserleistraße 55
63067 Offenbach

11.09.2015 Lie/Cr
Telefon: +49 30 82403-100
Telefax: +49 30 82403-109
E-Mail: gedaschko@gdw.de

Sehr geehrter Herr Hillebrands, sehr geehrte Frau Klemppnow,

ich habe Ihre Pressemeldung vom 10.09.2015 zur Kenntnis genommen, in der Sie den im GdW organisierten 3.000 Wohnungsunternehmen eine "Instrumentalisierung der Flüchtlinge für eigene Interessen" vorwerfen, das Handeln der kommunalen, genossenschaftlichen, kirchlichen und privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen mit Vokabeln wie "schäbig" oder "übel" belegen und die deutsche Wohnungswirtschaft damit öffentlich verunglimpfen.

Unsere Wohnungsunternehmen sind keine "Renditemaximierer", sondern der sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet. Sie müssen also immer alle drei Ziele im Auge behalten. Das führt in der politischen Interessenvertretung zwangsläufig zu Positionen, die mit denen Ihres Verbandes nicht übereinstimmen können.

Es ist legitim, dass sich der DEN als Verband der Energieberater äußert, wenn er meint, dass die Interessen der eigenen Mitglieder gefährdet sein könnten. Es ist für einen Verband wie den DEN, der im Wesentlichen die Erfüllung von umweltpolitischen Zielen im Fokus hat, ebenfalls legitim, wenn er sich keine Gedanken über die Erreichbarkeit anderer Ziele macht, hier in diesem Fall über das soziale Ziel der Bezahlbarkeit von Wohnraum. Es ist aber völlig inakzeptabel und respektlos, wenn man die Ebene der sachlichen Auseinandersetzung erst gar nicht sucht, sondern undifferenziert und ohne die tieferliegende Problematik zu sehen eine Art und Weise des "Dialogs" wählt, wie ich Sie in meiner Amtszeit als Präsident des GdW bisher nicht erlebt habe.

Es steht völlig außer Frage, dass durch die immer weitere Erhöhung von Standards und die Verschärfung von Vorschriften die Kosten des Bauens und Modernisierens ständig weiter steigen. Die Baukosten liegen heute lt. Feststellung der Baukostensenkungskommission des BMUB um 45 % höher als im Jahr 2000. Die EnEV z. B. wird den Neubau ab 01.01.2016 um weitere 7 % verteuern. Die viel zu geringe Zahl an bezahlbaren Wohnungen ist nicht zuletzt der Grund dafür, dass die Bundesbauministerin vor einem Jahr ein Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen ins Leben gerufen hat.

Wenn jetzt durch den stetig wachsenden Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern deutlich wird, dass alle konventionellen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen, und dass zahlreiche, unter normalen Umständen akzeptable und akzeptierte Regelungen und Verordnungen in

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs-
und Immobilienunternehmen e.V.
Mecklenburgische Straße 57, 14197 Berlin
Postfach 330755, 14177 Berlin

Telefon: +49 30 82403-0
Telefax: +49 30 82403-199
E-Mail: mail@gdw.de
Internet: www.gdw.de

Brüsseler Büro des GdW
3, rue du Luxembourg
1000 Bruxelles, BELGIEN
Telefon: +32 2 5 50 16 11
Telefax: +32 2 5 03 56 07

Seite 2 von 2

dieser Situation zumindest hinderlich, wenn nicht kontraproduktiv sind, dann muss es erlaubt sein, auch unpopuläre Vorschläge zu unterbreiten, die aus unserer Sicht angemessen und zielführend sind.

Niemand will Erreichtes in Frage stellen und auf Dauer Standards absenken. Und der Standard EnEV 2009/2014 führt außerdem keineswegs zur Errichtung minderwertigen Wohnraums, wie von Ihnen behauptet. Wäre dies der Fall, würden Ihre Mitglieder seit Jahren dabei tatkräftig Schützenhilfe leisten. Die EnEV ist aber auch nicht das Maß aller Dinge. Die Wohnungswirtschaft verfolgt im Rahmen ihrer Energiestrategie einen mehrteiligen Ansatz zur Senkung der Endenergieverbräuche und zur Steigerung der Energieeffizienz, um gleichzeitig die Betriebskosten für die Mieter zu stabilisieren und den Zielen des Klimaschutzes gerecht zu werden. Ein bedeutender Baustein hierbei ist die kombinierte Erzeugung von Wärme und Strom insbesondere in den Quartieren.

Sehr geehrter Herr Hillebrands, sehr geehrte Frau Klempnow,

wir werfen Ihnen auch keine soziale Kälte oder Herzlosigkeit gegenüber den Mieterinnen und Mietern mit geringem Einkommen vor, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Unterlassen Sie bitte in Zukunft die öffentliche, indirekte und polemische Auseinandersetzung über die Presse und suchen Sie den sachlichen Dialog mit uns, wenn Sie abweichende Meinungen vertreten. Es ist leicht, jemanden zu verurteilen, den man nicht kennt; es ist unbequem und anstrengend, den anderen verstehen und respektieren zu wollen. Letzteres entspricht aber meinem Verständnis von einem zivilisierten Umgang miteinander.

Ich werde im Übrigen dieses Schreiben zusammen mit Ihrer Pressemeldung allen 3.000 Wohnungsunternehmen über unsere Regionalverbände zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen



Axel Gedaschko